

„Vieles geht besser“

Analyse der Bürgerschaftswahl 2015

Inhaltliche Kontinuität – Organisatorische Neuausrichtung

1. Problemstellung

Bei den Bürgerschaftswahlen vom 10. Mai 2015 konnte die CDU Bremen 22,6 Prozent der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigen. Dieser Wert entspricht einem Plus von 2,2 Prozentpunkten gegenüber dem Ergebnis von 2011. Dieses Ergebnis ist auf den ersten Blick ein Gewinn; wurde der Bremer CDU Anfang des Jahres von Medien und Wissenschaft ein noch schlechteres Ergebnis als in Hamburg vorausgesagt. Gleichzeitig verloren SPD und Grüne knapp 13 Prozent und haben in der neuen Bürgerschaft nur eine knappe Mehrheit, sollte es zu einer Koalition kommen (Neu 2015: 4).

Auf den zweiten Blick hingegen wirkt das Ergebnis ernüchternd: Bekam die CDU im Jahr 2011 noch 266.483 Wählerstimmen, konnte sie 2015 nur noch 261.929 Stimmen auf sich vereinigen. Dies entspricht einem Verlust von etwas über 5.000 Stimmen und umgerechnet 1.000 Wählern. Besonders vor dem Hintergrund günstiger Rahmenbedingungen und einer wachsenden Unzufriedenheit mit der rot-grünen Regierung, sollten Antworten auf folgende Fragen gefunden werden:

- I. Warum konnte die schwindende Zustimmung zu SPD und Grünen nicht in eine erhöhte Zustimmung für die CDU umgesetzt werden?
- II. Wie wird die CDU Bremen in der Bevölkerung wahrgenommen?

Die vorliegende Analyse versucht, im Rückgriff auf die Fragestellung zentrale Probleme aufzudecken und praktische Verbesserungsvorschläge zu geben. Das Ergebnis ist das Produkt eines dynamischen Diskussionsprozesses. Dabei wird die Situation der CDU Bremen vor allem aus einer organisatorischen Innensicht heraus kritisiert, die auf einer subjektiven, nicht auf einer wissenschaftlich-objektiven Einschätzung beruht. Einige der Problemstellungen und der angebotenen Lösungsvorschläge wurden bereits durch den „LFA Wahlen 2015“ festgehalten und dokumentiert. Die festgehaltenen Ergebnisse können in Teilen auch auf die Situation im Jahr 2015 übertragen werden. Das Versäumnis ist hier nicht die mangelnde Erkenntnis, sondern die fehlende organisatorische Umsetzungsmöglichkeit.

ENTWURF 1.5 – 06.07.2015

32 **2. Eigene Stärken – Eigene Schwächen**

33 Der Wahlkampf der CDU Bremen hat verschiedene Stärken und Schwächen der Partei auf-
34 gedeckt. Diese sollen im Folgenden dargestellt und gegeneinander abgewogen werden.
35 Dabei ist nicht von einer „absoluten“ Stärke oder Schwäche auszugehen. Viel eher ist von
36 einer beispielhaften Darstellung die Reden. Prinzipiell gilt für alle Themen „Vieles geht
37 besser“.

38 **a) Inhaltliche Ausrichtung (Stärke)**

39 Die inhaltliche Ausrichtung der CDU im Wahlkampf scheint unproblematisch. Der sonst
40 oft diskutierte Spagat zwischen einer progressiven (Großstadt-) Programmatik und der
41 Profilbildung in Kernthemen scheint in Bremen gelungen zu sein. Diese Vermutung wird
42 vor allem durch die gesteigerten Kompetenzwerte in den Bereichen Haushalt/Finanzen
43 und Bildung belegt, in denen die CDU die SPD eingeholt oder sogar überholt hat (Neu
44 2015: 3-5). Vor diesem Hintergrund war es richtig, den Wahlkampf auf Schwerpunktthe-
45 men zu verengen, die sich über die gesamte Zeitspanne und in den verschiedenen Materi-
46 alen (besonders Plakate) niedergeschlagen haben.

47 Für die Zukunft ergibt sich demnach die Notwendigkeit einer partiellen Abwägung in in-
48 haltlichen Fragen. Problematisch war vor allem, dass der politische Gegner im Wahlkampf
49 keinerlei Angriffsfläche bot. Es schien so als habe es die SPD nicht nötig, sich mit den an-
50 deren Parteien argumentativ auseinanderzusetzen. Vor diesem Hintergrund ist es beacht-
51 lich, dass die CDU Bremen dennoch ihre Themen setzen und trotz mangelnder Polarisie-
52 rung nach vorne spielen konnte. Es ist fraglich, ob eine einseitige Polarisierung der The-
53 men durch die CDU überhaupt einen Effekt gehabt hätte.

54 Die CDU befindet sich hier in einem Dilemma: Auf der einen Seite hat die CDU als große
55 Volkspartei den Anspruch darauf stärkste politische Kraft zu werden. Auf der anderen Sei-
56 te kann sie die SPD auf lange Sicht nicht vor den Kopf stoßen, da eine mögliche große Koa-
57 lition als sichere Machtoption gilt (Neu 2015: 4). Das Wahlziel zweitstärkste Kraft zu wer-
58 den und ggf. eine Koalition mit der SPD einzugehen, wurde von den Bürgern daher ebenso
59 positiv eingeschätzt, wie die Zielmarke von 25 Prozent erreichen zu wollen.

60 Kritisch waren vor allem Themen, die von außen auf die Bremer CDU einwirkten: Obwohl
61 man sich in Bremen als Anwalt des Mittelstands und der Wirtschaft aufstellt, waren der

ENTWURF 1.5 – 06.07.2015

62 Mindestlohn und die Reform der Erbschaftssteuer eher unternehmerische Tabuthemen,
63 die für die Wahl der FDP sprachen.

64 **b) Fraktionsarbeit thematisch (Stärke)**

65 Die inhaltliche Profilierung der Bürgerschaftsfraktion im Vorfeld des Wahlkampfes ist als
66 klare Stärke der CDU zu werten. Gezielt wurden hier die Themen vorbereitet, die dann im
67 Wahlkampf die höchsten Prioritäten und Aufmerksamkeiten bekamen (Stichwort: Unter-
68 richtsausfall). Vorwürfe des politischen Gegners, die CDU wisse nicht, ob sie sparen oder
69 mehr ausgeben will, wurden erfolgreich gekontert. So wurde der Forderung nach 200 zu-
70 sätzlichen Lehrern eine klare Finanzierungsperspektive gegenübergestellt.

71 Diese Stärke der Fraktion ist muss noch stärker in die Partei hineinwirken. Es muss einen
72 kontinuierlichen Austausch mit den Gremien und Vereinigungen geben, um den dort auf-
73 tretenden Input gegebenenfalls in parlamentarische Forderungen übersetzen zu können.

74 **c) Fraktionsarbeit personelles Auftreten (Schwäche)**

75 Im Wahlkampf wurde die Spitzenkandidatin durch den politischen Gegner als „Notlösung“
76 dargestellt. Diese Bezeichnung bezog sich vor allem auf die vergleichsweise späte Nomi-
77 nierung der Kandidatin. Durch das Auftreten und das besondere Engagement der Spitzen-
78 kandidatin konnte diese Kritik widerlegt werden und schwächte sich im Verlauf des Wahl-
79 kampfes deutlich ab. Dennoch sollte bereits jetzt ein Verfahren gefunden werden, um die
80 Spitzenkandidatur 2019 zu bearbeiten. Dabei ist darauf zu achten, dass keine Vorfestle-
81 gung auf eine bestimmte Person, beispielsweise durch die Übernahme von Fraktionsäm-
82 tern, stattfindet.

83 Ungeachtet der Frage nach der Spitzenkandidatur sollte geprüft werden, ob es notwendig
84 ist, ein „Kompetenzteam 2019“ innerhalb der Fraktion zu etablieren, welches sich aus Ex-
85 perten verschiedener Politikbereiche zusammensetzt.

86 **d) Strukturelle Schwäche der Vereinigungen (Schwäche)**

87 Die CDU lebt als große Volkspartei von ihrer Vielfalt und der Arbeit ihrer Vereinigungen.
88 Gleichzeitig sind die jeweiligen Mitglieder „Experten“ in ihren thematischen Netzwerken
89 und können einen Sachverhalt schnell beurteilen. In Bremen scheint diese Stärke der Par-
90 tei nicht erkennbar. Oft ist kein klares Profil erkennbar. Die Vereinigungen müssten sich

ENTWURF 1.5 – 06.07.2015

91 viel stärker die Frage stellen: „Wen wollen wir mit welcher Sprache und Zielsetzung errei-
92 chen?“. Zudem leidet die Arbeit in den Vereinigungen unter einer Reihe an personellen
93 Doppelbesetzungen. So übernehmen engagierte Mitglieder Positionen auf Kreis- und Lan-
94 desebene, was die Kapazitäten für eine erfolgreiche Arbeit weitestgehend bindet.

95 Schließlich müssen die Vereinigungen ein Sammelbecken des personellen Nachwuchses
96 für Partei und Fraktion werden. Vor diesem Hintergrund wäre es schade, wenn „Talente“
97 blockiert und ihr Engagement gehemmt werden würden. Die Geschäftsstelle muss einen
98 besseren Überblick über die vorhandenen personellen Optionen und Möglichkeiten ge-
99 winnen, um ihre Chancen auf eine Einbindung in die Partei zu erhöhen.

100 **e) Aktivierung von Mitgliedern und Sympathisanten (Schwäche)**

101 Die Kampagne zur Bürgerschaftswahl 2015 lautete „Vieles geht besser“. Dabei konnten
102 und sollten CDU-Mitglieder und Sympathisanten Bilder von Dingen einsenden, die ihrer
103 Meinung nach besser gemacht werden können. An dieser Aktion wird die ganze Organisa-
104 tionsproblematik der CDU Bremen deutlich: Fotos, Einsendungen und Anregungen kamen
105 meist nur von Funktionsträgern und Kandidaten der Partei. Die Beteiligung einfacher Mit-
106 glieder, obwohl sehr einfach und intuitiv gehalten, kam so gut wie gar nicht zustande. Da-
107 durch wurden auch die Klebepfeile nicht in der Stadt verteilt, wodurch das Plakat „Vieles
108 geht besser!“ seine gewünschte Wirkung nicht entfalten konnte. Die fehlende Beteiligung
109 von einfachen Mitgliedern führt zur ständigen Mehrfachbelastung von Kandidaten, Funk-
110 tionsträgern und Abgeordneten. Diese Entwicklung wiederum bindet ihre Kapazität, um
111 überhaupt neue Veranstaltungsformat zu testen und so die Gruppe der aktiven Mitglieder
112 zu erhöhen.

113 **f) Vorherrschende Veranstaltung ist Stammtisch (Schwäche)**

114 Die häufigste Veranstaltungsart in der CDU Bremen ist der (interne) Stammtisch. Zwei-
115 felsohne bedarf es interner Koordinierungstreffen, um Vergangenes zu reflektieren und
116 Zukünftiges zu planen. Allerdings kann das verbandsinterne Treffen nicht Selbstzweck der
117 politischen Arbeit sein. Neumitglieder und Interessierte kennen nur selten jemanden und
118 werden durch solche Treffen nicht im Mindesten angesprochen. Darüber hinaus findet
119 eine Bewerbung oft nur verbandsintern statt, was den Grad der Selbstbeschäftigung nur
120 noch erhöht.

ENTWURF 1.5 – 06.07.2015

121 3. Organisatorisch-strategische Verbesserungen

122 **a) Doppelstrukturen abbauen – Beteiligungsformen schaffen**

123 Die CDU Bremen muss die Frage diskutieren, welchen Mehrwert eine Parteimitgliedschaft
124 im Jahre 2015 noch hat. Früher war dies der Informationsvorsprung aus Bonn, Berlin oder
125 den politischen Gremien der Stadt. Diesen Mehrwert bieten heute die Medien und das
126 Internet. Und das kostenlos. Eine Antwort auf die Frage könnte lauten: Beteiligung. Damit
127 kann auch die Beteiligung an Nominierungsvorgängen (Spitzenkandidat/in) gemeint sein.
128 Allerdings sind diese Beteiligungsformen lediglich Leuchtturmprojekte, die maximal alle
129 vier Jahre von Bedeutung sind. Allerdings sollte die Möglichkeit von Mitgliederentschei-
130 den ernsthaft geprüft werden.

131 Viel wichtiger ist aber die kontinuierliche Beteiligung und Einbeziehung vor Ort über eine
132 gesamte Legislaturperiode hinweg. In diesem Zusammenhang müssen die Vorsitzenden
133 der Vereinigungen und Verbände bereit sein, Verantwortung auf einfache Mitglieder zu
134 übertragen. Die Mitglieder wollen eingebunden werden und das Partei Umfeld mit gestal-
135 ten. Andernfalls hätten sie sich nicht für eine Parteimitgliedschaft entschieden. Hierbei
136 müssen einfache Wege zur Umsetzung aufgezeigt werden: In einem ersten Schritt könnte
137 darüber nachgedacht werden, dem einfachen Mitglied mehr Verantwortung zu übergeben.
138 So könnte jemand gezielt damit beauftragt werden, eine Veranstaltung zu planen oder ein
139 bestimmtes Themengebiet zu bearbeiten.

140 Gleichzeitig muss die vorhandene Gremienarbeit gestrafft und gestärkt werden. Denkbar
141 wären die Abschaffung der dauerhaften Landesfachausschüsse und die Einrichtung tempo-
142 rärer Arbeitsgruppen mit einem klaren Arbeitsprofil und der zeitlichen Begrenzung auf
143 6 bis 8 Monate. In diesen Arbeitsgruppen sollte personelle Kompetenz gesammelt und
144 gezielt eingesetzt werden. Zudem könnte über eine beim Landesgeschäftsführer angesie-
145 delte Steuerungsgruppe aus ehrenamtlich Engagierten und hauptamtlich Beschäftigten
146 nachgedacht werden, die die hier dargestellten Vorschläge evaluiert, begleitet und eigene
147 Verbesserungsvorschläge macht.

148 Insgesamt muss die Arbeit der Vereinigungen und Arbeitsgruppen organisatorisch durch
149 die Geschäftsstelle unterstützt werden. So ist den jeweils Verantwortlichen klar zu ma-
150 chen, in welchem finanziellen Budget sie sich bewegen können und welche Mittel ihnen
151 zur Verfügung stehen. Eine Möglichkeit wäre, die bislang angefallenen Portokosten zu

ENTWURF 1.5 – 06.07.2015

152 nutzen und den Vereinigungen als Veranstaltungsmittel zur Verfügung zu stellen, wenn
153 über neue Einladungsformate nachgedacht wird (E-Mail/Facebook/Sponsoring etc.).

154 **b) Neuausrichtung der Veranstaltungen: Weg von der Selbstbeschäftigung**

155 Die Grundrichtung von Veranstaltung muss die gesellschaftliche Öffnung sein. Nur aus
156 dieser Außenwirkung heraus können die Verbände glaubhafte politische Forderungen
157 entwickeln und sie den Bürgern näher bringen. Die CDU Bremen muss die Öffnung der
158 Parteiarbeit und die Überarbeitung von Veranstaltungen nicht allein bewältigen. Die Bun-
159 despartei stellt sich unter dem Motto „Meine CDU 2017“ genau dieselben Fragen und ver-
160 sucht Lösungen zu entwickeln. Die CDU Bremen hat mit Luisa-Katharina Häsler und Claas
161 Rohmeyer zwei Personen in dieser Kommission. Dieser Vorteil sollte genutzt und eine en-
162 gere Bindung an die Ergebnisse des Gremiums gesucht werden. Dabei sollten vor allem
163 neue und innovative Veranstaltungsformate getestet werden.

164 **c) Koordination, Kommunikation und Vernetzung der Verbandsarbeit**

165 Generell muss die Koordination und die Kommunikation in der Partei verbessert werden.
166 Dazu gehört, dass die Angaben in der zentralen Mitgliederdatei (ZMD) regelmäßig kon-
167 trolliert und aktualisiert werden, damit die Post- und E-Mail-Verteiler überhaupt Wirkung
168 zeigen. Darüber hinaus müssen „neue“ Formen der Kommunikation unterstützt und ange-
169 wendet werden. Alle Verbände sollten auf mittlere Sicht dazu übergehen, Facebook,
170 WhatsApp und andere Telekommunikationsformate zu nutzen. Auf das Kommunikations-
171 verhalten älterer Mitglieder und Sympathisanten ist dabei Rücksicht zu nehmen. Es kann
172 aber nicht völlig ausgeschlossen werden, dass unter anderem Nicht-Nutzer vom Beteili-
173 gungsprozess abgekoppelt werden. Einer solchen Entwicklung ist vor Ort entgegenzuwir-
174 ken. In der Bilanz wird aber der Kostenaufwand für die Geschäftsstelle verringert und der
175 jeweilige Verantwortliche bekommt direktes Feedback von seinen Mitgliedern. Bedenkt
176 man, dass solche Formen zunächst parallel und additiv genutzt werden können, erscheint
177 der Nutzen höher als der Schaden.

178 Neben solchen technischen Fragen, erscheint auch der substantielle Austausch zwischen
179 den Vereinigungen, der Partei und der Fraktion von besonderer Bedeutung. Nur so können
180 Synergieeffekte hergestellt werden. Zu diesem Zweck sollen regelmäßige Workshops
181 durchgeführt werden, die einerseits aus der Schulung der Funktionsträger und anderer-

ENTWURF 1.5 – 06.07.2015

182 seits aus der (mitgliederoffenen) Vernetzung bestehen, bei der Vereinigungen und Ver-
183 bände ihre Arbeit der Parteiöffentlichkeit vorstellen können.

184 **d) Mitgliederpotenzial entwickeln**

185 Vor dem Hintergrund einer mangelnden Aktivierung von Mitglieder und Sympathisanten
186 muss sich die CDU Bremen die Frage stellen, welche Arbeit sie überhaupt leisten kann.
187 Hierzu ist es im ersten Schritt notwendig Informationen zu sammeln: Wie viele aktivier-
188 bare Mitglieder gibt es in meinem Verband und meiner Vereinigung? Nach der Beantwor-
189 tung dieser Frage muss eingeschätzt werden, welche Beteiligung angemessen ist.

190 **e) Politische Bildung stärken**

191 Im Zusammenhang mit der Befähigung und Förderung von Mitgliedern und möglichen
192 Kandidaten muss die Stärkung der politischen Bildung umgesetzt werden. Mit Blick auf die
193 Außenwirkung wäre es problematisch, wenn Kandidaten nicht in der Lage wären, die
194 Grundzüge christdemokratischer Politik zu erläutern.

195 Mit dem Bremer Bildungsforum der Konrad-Adenauer-Stiftung hatte die CDU in der Ver-
196 gangenheit einen kompetenten Ansprechpartner in diesem Bereich, der zudem noch die
197 notwendigen Mittel bereitstellt, die lediglich abgefragt werden müssen. Demnach ist dar-
198 über nachzudenken, wie die Beteiligungs- und Ausbildungsquote in diesem Bereich erhöht
199 werden kann. Ein Weg wäre das kontinuierliche Anbieten und Bewerben solcher Koopera-
200 tionen. Ein anderer Weg wäre die „verpflichtende“ Teilnahme im Rahmen der Überarbei-
201 tung des Verhaltenskodex für Kandidaten. Bei den Veranstaltungen der politischen Bil-
202 dung muss die Frage im Vordergrund stehen: Warum machen wir welche Politik für wen?

203 **f) Neue Wähler durch neue Kandidaten gewinnen**

204 Wie bereits oben angesprochen, scheint die inhaltliche Ausrichtung der Partei an einem
205 Scheideweg angekommen, der entweder zu Lasten der Stammwähler oder neuer (eher
206 progressiver) Schichten geht. Die Erschließung neuer Wähler über eine reine programma-
207 tische Änderung scheint ausgeschlossen. Viel eher sollten gezielt Kandidaten aus dem
208 vorpolitischen Raum geworben werden, die eine bestimmte Wählerklientel ansprechen.
209 Dafür ist die Mitarbeit der Kreisverbände und der Vereinigungen notwendig, die „Exper-
210 ten“ in ihrem Stadtteil und ihrem thematischen Netzwerk sind. Die jeweiligen Personen
211 müssen spätestens 2017 in die Partei integriert werden. Dies kann einerseits über die Ein-

ENTWURF 1.5 – 06.07.2015

212 bindung in die parlamentarische Arbeit (Stichwort „sachkundige Bürger“), andererseits
213 aber auch über die Einbindung in den Gremien der Partei erfolgen. An dieser Stelle muss
214 dem Spagat zwischen der Einbindung neuer Personen und der Anerkennung engagierter
215 Mitglieder Rechnung getragen werden.

216 **g) Fraktionsarbeit: In das Land – für die Zukunft**

217 Wie bereits dargelegt, ist die thematische Arbeit der Bürgerschaftsfraktion sehr gut und in
218 den Medien präsent. Diese gute und kontinuierliche Arbeit sollte durch ein verstärktes
219 Auftreten der Abgeordneten begleitet werden. Die Idee dahinter ist die „Fraktion vor Ort“
220 (ACHTUNG: SPD-BEGRIFF): Abgeordnete stellen sich während der gesamten Legislatur,
221 und nicht nur vor Wahlen, den Fragen der Bürgerinnen und Bürger. Dies kann einfach und
222 kostengünstig durch kontinuierliche Informationsstände und Bürgersprechstunden ge-
223 währleistet werden, die die Abgeordneten zusammen mit den Verbänden im Stadtteil
224 durchführen können. Wichtig ist die organisatorische Begleitung durch die Geschäfts-
225 stelle. Diese sollte den Einsatz der Abgeordneten koordinieren und ggf. das Material be-
226 reitstellen. Eine solche Begleitung dient gleichzeitig als Kontrollmechanismus für die
227 Stadtbezirksverbände.

228 Darüber hinaus könnte auch über ein neues Veranstaltungskonzept für die Bürgerschafts-
229 fraktion nachgedacht werden. Dabei könnten die einzelnen Abgeordneten als Experte in
230 ihrem jeweiligen fachspezifischen Netzwerk eingebunden werden. So könnte jeder Abge-
231 ordnete mindestens einmal pro Legislatur eine Veranstaltung in seinem Themenbereich
232 durchführen. Hieraus würde sich dann gleichzeitig ein Rahmenterminplan für die gesamte
233 Legislatur ergeben. Diese Veranstaltungen könnten dann nicht zuletzt an den oben ange-
234 sprochenen Informationsständen beworben werden. Diesem neuen Veranstaltungsmana-
235 gement müsste wahrscheinlich ein Fraktionsmitarbeiter zugeordnet werden.

236 **h) Kandidaten rechtzeitig aufstellen**

237 Die rechtzeitige Aufstellung der Kandidaten für die Bürgerschaftswahl ist ein Muss für
238 2019. Erst wenn die Kandidaten feststehen, kann die Geschäftsstelle die Arbeit wirklich
239 aufnehmen und eine Programm bzw. eine Strategie für die jeweiligen Bewerber erstellen.
240 Vor diesem Hintergrund sollten die Vorschläge der Stadtbezirksverbände bis zur Sommer-
241 pause 2018 eingegangen sein, so dass spätestens im Herbst desselben Jahres ein Vor-
242 schlag an die Delegiertenversammlung gemacht werden kann (näheres hierzu bei Punkt 5).

ENTWURF 1.5 – 06.07.2015

243 Das vorschlagende Gremium sollte einerseits durch unabhängige Mitglieder ohne Funk-
244 tion besetzt sein, andererseits aber auch dazu geeignet sein, die aktuelle Lage der Partei
245 und die Bedeutung der Kandidaten einzuschätzen. Denkbar ist hier die Einbindung der
246 Kreisvorstände.

247 **i) Doppelstrategie für Beirat und Fraktion**

248 Konnte die CDU Bremen bei den Stimmen für die Bürgerschaft (Landtag) einen Zuwachs
249 von etwas über 2 Prozent der Stimmen verzeichnen, sieht die Lage in den Beiräten noch
250 besser aus. Hier konnten einige Stadtbezirksverbände die Stimmenanteile deutlich erhö-
251 hen und einige Mandate dazu gewinnen (ja?). Damit nimmt die Beiratsarbeit in der kom-
252 menden Legislatur eine noch wichtigere Funktion ein. Sie kann und sollte dazu genutzt
253 werden, die unter Punkt 3.h) diskutierte Außenwirkung der Fraktionsarbeit zu erhöhen.
254 Dazu ist eine stärkere Vernetzung der Beiratsarbeit ebenso wichtig wie der notwendige
255 Handlungsspielraum: Den Beiräten muss es erlaubt sein, eine von der Fraktion abwei-
256 chende Meinung zu vertreten, um in ihrem Stadtteil erfolgreich agieren zu können.

257 **j) Handlungsfähigkeit vermitteln**

258 Bei der Bürgerschaftswahl 2015 sank die Wahlbeteiligung auf einen historischen Tiefstand
259 von knapp 50,5 Prozent. Diese Entwicklung ist bedenklich. Als besondere Gründe für die
260 Entscheidung nicht wählen zu gehen, werden die Komplexität politischer Probleme und
261 das Gefühl genannt, „es ändere sich ja doch nichts“ (Bremer Jugendring 2015: 2-3). Die
262 Verantwortung für diese gefühlte Lethargie ist vor allem bei der Regierung zu suchen, die
263 mit ihrer Demobilisierung im Wahlkampf zur geringen Wahlbeteiligung beigetragen hat.
264 Interesse an Politik kann nur durch eine argumentative Auseinandersetzung entstehen.
265 Die Regierung hat aber genau das Gegenteil getan und hat dem politischen Diskurs die
266 Argumente entzogen.

267 Bei der Bürgerschaftswahl 2015 lag die Wahlbeteiligung der 16- bis 18-Jährigen bei 45,8
268 die der 18- bis 21-Jährigen bei 49,2 Prozent. Im Gegensatz dazu sackt die Wahlbeteiligung
269 der 25- bis 30-Jährigen auf nur 36,5 Prozent ab. Aus dieser Diskrepanz muss die Forderung
270 nach einer besseren finanziellen Ausstattung der Juniorwahlen entstehen, wie sie die CDU-
271 Bürgerschaftsfraktion bereits gefordert hat. Hier können junge Menschen am ehesten für
272 die Wichtigkeit politischer Themen sensibilisiert werden.

273 **4. Organisation der Geschäftsstelle**

274 Wie unter Punkt 2) und 3) bereits deutlich wurde, fehlt es bei vielen Punkten an einer man-
275 gelnden organisatorischen Begleitung und Umsetzung. Diese resultiert vor allem aus einer
276 zu geringen personellen Ausstattung. Es scheint als könnte dieser Mangel nicht länger
277 durch ehrenamtliches Engagement abgefangen werden, wenn gleichzeitig über neue Ver-
278 anstaltungsformen und eine „Wiederbelebung“ der Gremienarbeit mit temporären Ar-
279beitsgruppen nachgedacht wird. So wären eine Stelle beim Landesverband und eine Stelle
280 beim Kreisverband Bremen wünschenswert (keine Vorgabe von zeitlichem oder finanziel-
281 lem/Aufwand). Besonders bei der Organisation und Betreuung der Stadtbezirksverbände
282 wäre Unterstützung dringend geboten, wenn man berücksichtigt, dass bereits der LFA
283 Wahlen die Führungsspanne im KV Bremen als „überspannt“ beschrieben hat und neue
284 Veranstaltungsformen und gesteigerte Anforderungen ein Mehr an Arbeit erfordern.

285 Ähnliches gilt aber auch für die Stelle beim Landesverband. Hier läge der Fokus vor allem
286 auf der Betreuung der Vereinigungen und Verbände, der gesamten Prozessbegleitung und
287 -steuerung sowie der Entlastung des Landesgeschäftsführers. Zudem wäre auch eine stär-
288kere Anbindung der Kreisverbände Bremen-Nord und Bremerhaven zu suchen, um dort
289 neue Veranstaltungsformate und Strukturen zu etablieren. Generell müsste die Geschäfts-
290stelle darauf ausgerichtet sein, zu einer Servicestelle für das Ehrenamt zu werden: Das
291 Erstellen und Versenden von Einladungen, die Hilfe bei der Planung von Veranstaltung, die
292 allgemeine Koordinierung der Verbandsarbeit, die Hilfe bei der Erstellung von Pressemit-
293teilungen und die Vernetzung mit der Fraktionsarbeit wären wichtige Aufgabenaspekte.

294 Wichtig wäre zudem eine klare Kompetenzzuweisung für alle Mitarbeiterinnen und Mitar-
295beiter der Geschäftsstelle und die Benennung von Ansprechpartnern für das Ehrenamt.

296

297

298

299

300

ENTWURF 1.5 – 06.07.2015

301 **5. Zeitplan**

302 **Bis 12/2015 – Informations- und Organisationsphase**

303 - Einrichtung einer Kommission bestehend aus:

304 - Steuerungsrunde: angesiedelt beim LGF

305 - Erweitertem Kreis: Personen aus Verbänden und Vereinigungen

306 - Sammeln weiterer Informationen und Vorschläge

307

308 **Bis 03/2016 – Erste Koordinierungsphase**

309 - Koordinierung der Arbeitsebene „Workshop“: Schulung und Vernetzung

310

311 **Ab 03/2016 – Erste Aktionsphase**

312 - Vor allem Testen von neuen Veranstaltungsformaten in den Verbänden

313 - Verknüpfung mit Fraktionsarbeit

314

315 **Ende 2016 – Zweite Koordinierungsphase**

316

317 **Ab 01/2017 – Zweite Aktionsphase**

318 - Zweite Test- bzw. Aktionsphase im Rahmen der Bundestagswahl

319

320 **Ab 09/2017 – Evaluation**

321 - Erkennbarkeit eingeleiteter Maßnahmen

322

323 **Ab 01/2018 – Strategie bis zur Wahl 2019**

324 - Erarbeitung einer inhaltlichen und personellen Strategie für die Wahl 2019

325 - Anpassung des Konzepts und Ausrichtung auf Wahl

326 **Bis 06/2018 (bis zur Sommerpause):** Vorschläge durch Stadtbezirksverbände

327 **06-09/2018 (in der Sommerpause):** Vorstellungsrunde und Erarbeitung Themen

328 **Herbst 2018:** Erstellung Listenvorschlag für Delegiertenversammlung

329 **Anschließend:** Kandidatenaufstellung

330

331

332

333

ENTWURF 1.5 – 06.07.2015

334 6. Prozessschiene – Übersicht Zeitpunkte

335

336

337

338

339

340

341

342

343

344

345

346

347

348

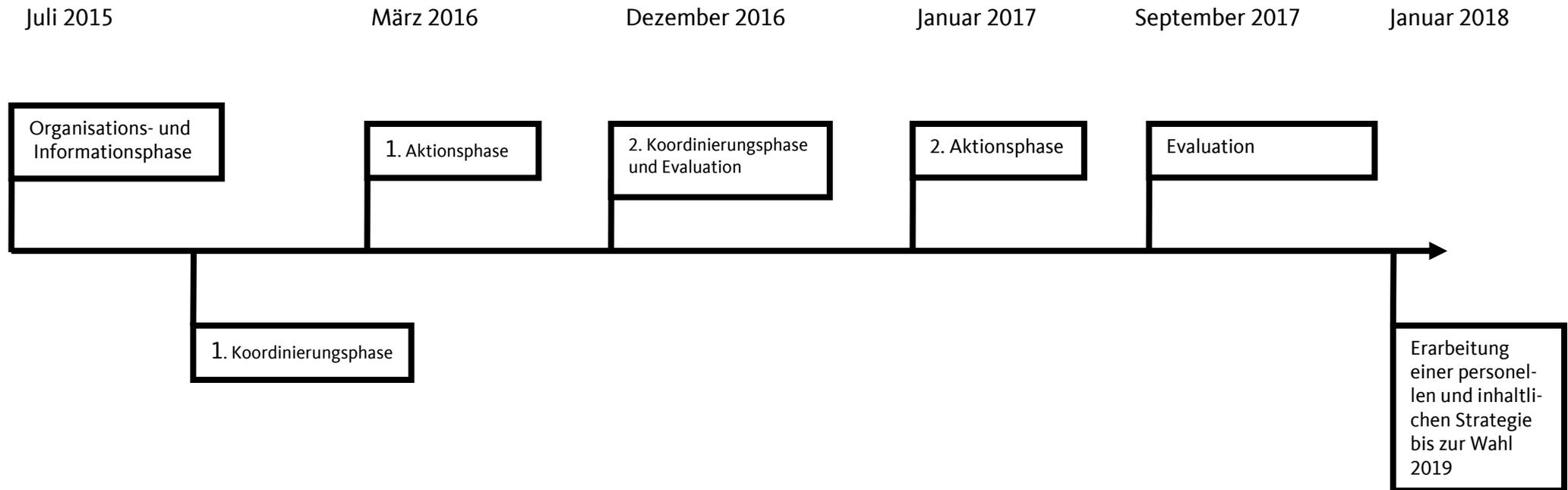
349

350

351

352

353



ENTWURF 1.5 – 06.07.2015

354 **6. Prozess-Schiene – Verlauf**

355

2015-2016	07/15	08/15	09/15	10/15	11/15	12/15	01/16	02/16	03/16	04/16	05/16	06/16	07/16	08/16	09/16	10/16	11/16	12/16
Information/Organisation																		
1. Koordinierungsphase																		
1. Aktionsphase																		
2. Koordinierungsphase																		
2. Aktionsphase																		
Evaluation																		
2. Strategie 2019																		

356

2017-2018	01/17	02/17	03/17	04/17	05/17	06/17	08/17	09/17	10/17	11/17	12/17	01/18	02/18	03/18	04/18	05/18	06/18	Rest 18
Information/Organisation																		
1. Koordinierungsphase																		
1. Aktionsphase																		
2. Koordinierungsphase																		
2. Aktionsphase																		
Evaluation																		
2. Strategie 2019																		

357

358

359

ENTWURF 1.5 – 06.07.2015

360 **7. Literaturnachweise**

361 Neu, Viola (2015): Bürgerschaftswahl in Bremen am 10. Mai 2015. Wahlanalyse – vorläufi-
362 ges Endergebnis. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung. Text abrufbar unter:
363 <http://www.kas.de/wf/de/33.41318/>.

364

365 Bremer Jugendring (2015): 5 Thesen zur Bürgerschaftswahl 2015. Text abrufbar unter:
366 <http://bremerjugendring.de/5-thesen-zur-bremer-buergerschaftswahl-2015/>.

367 LFA Wahlen - vom Bruch Kommission (2014).

368

369 Strategisch-konzeptionelle Überlegungen zu den Bürgerschafts- und Beiratswahlen 2015.